

Kein Klimanotstand im Baselbiet

Die von der SP eingebrachte Resolution verfehlt im Landrat die nötige Zweidrittelmehrheit

Von Thomas Dähler

Liestal. Das Baselbieter Kantonsparlament hat den Wunsch der jugendlichen Demonstranten, welche die Ausrufung des Klimanotstands fordern, nicht erfüllt. Die von der SP vorgeschlagene Resolution verfehlte nach vierstündiger Debatte die nötige Zweidrittelmehrheit des Landrats. Zwar zeigte sich der Rat von links bis rechts über die weltweite Klimaerwärmung besorgt. Doch konnte er sich nicht auf einen Resolutionstext einigen.

SP-Landrätin Désirée Jaun hatte es sich vermutlich etwas einfacher vorgestellt, der Resolution zur Ausrufung des Climate Emergency zum Durchbruch zu verhelfen. Doch der Umstand, dass sie bloss den unveränderten Forderungskatalog der jugendlichen Klimademonstranten in den Baselbieter Landrat einbrachte, wurde ihr zum Verhängnis. Während die SVP dies als populistisches Manöver zur Erregung von Aufmerksamkeit kritisierte, legte die FDP einen alternativen Resolutionstext vor, mit dem sie zwar auch dazu auffordern wollte, die drohende Klimakatastrophe abzuwenden, dafür aber die ambitionierten Ziele des kantonalen Energiegesetzes empfehlen wollte. Die SP wollte jedoch mit Unterstützung der Grünen, der Grünliberalen und der CVP wesentlich weiter gehen.

«Dringlichste Herausforderung»

Jaun verlangte in Übereinstimmung mit den Jugendlichen ein Bekenntnis zur moralischen Verpflichtung, Vorlagen künftig nur noch unter Berücksichtigung der Auswirkungen auf das Klima zu beschliessen – abgestützt auf die Berichte des Weltklimarats, der zuletzt einen Sonderbericht zur Beschränkung der Klimaerwärmung auf 1,5 Grad Celsius publiziert hat.



Als populistisches Manöver kritisiert. Die SVP warf der SP vor, bloss Aufmerksamkeit erregen zu wollen. Foto Dominik Pluess

Während sie den Rat zum «Bekenntnis zur dringlichsten Herausforderung unserer Zeit» aufforderte, kritisierte Christoph Häring (SVP) die inszenierten

Landrat
Berichterstattung aus dem
Baselbieter Parlament

Demonstrationen der Jugendlichen und den Umstand, dass «wir heute bezüglich Ressourceneffizienz nicht mal das machen, was möglich wäre». Hanspeter Weibel (SVP) warf den Linken vor, dass sie zuletzt nicht einmal für

die Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuer waren.

Stephan Ackermann (Grüne) warb für die Resolution der SP, die immerhin fordere, konkret zu handeln, wenn dies bei künftigen Landratsvorlagen möglich sei. Parteikollege Klaus Kirchmayr sagte, es gehe jetzt um eine Willens- und Umgebungsgebung; die Grünen würden mit mehreren Vorstössen Möglichkeiten aufzeigen, wie den Ambitionen nachgelebt werden könne. Rolf Richterich (FDP) wehrte sich gegen das «Copy-Paste-Vorgehen» der Linken und schlug mit dem alternativen Resolutionstext vor, sich erst mal auf die konkreten eigen-

nen Ziele zu konzentrieren: «Handeln beginnt dort, wo die eigenen Möglichkeiten liegen.» Balz Stückelberger (FDP) warb für den «Kompromiss» seiner Partei, weil nur ein solcher die Zweidrittelmehrheit schaffen könne.

Völlig chancenlos blieb CVP-Fraktionschef Felix Keller mit dem Antrag, die beiden Textvorschläge zu kombinieren. Schliesslich bodigten die Linken den FDP-Vorschlag mithilfe der SVP, um anschliessend zwar mit 43 zu 35 Stimmen für die eigene Resolutionsvariante eine Mehrheit zu erhalten, die aber weit weg von der nötigen Zweidrittelmehrheit lag.

EuroAirport: Der Landrat rügt die Regierung

Ungenügende Antworten gegenüber Bundesbern

Von Thomas Dähler

Liestal. Die Baselbieter Regierung ist gestern einmal mehr für ihren ungenügenden Einsatz zugunsten der lärmgeplagten Bevölkerung rund um den Flughafen Basel-Mulhouse gescholten worden. Die Regierung habe den Auftrag des Landrats nicht erfüllt. Anlass zur Unzufriedenheit gab die Baselbieter Vernehmlassungsantwort an den Bundesrat zum Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt.

In einem Handlungspostulat hatte der Landrat die Regierung dazu aufgefordert, bei der Landesregierung die Unzufriedenheit über die Betriebszeiten des EuroAirports, die fehlende Risikoanalyse und die zu hohen Lärmgrenzwerte geltend zu machen. «Nicht erfüllt» lautete das mehrheitliche Fazit zur Antwort der Regierung auf den Vorstoss von Rahel Bänziger (Grüne). Der Vorstoss wurde dennoch abgeschrieben – gegen den Willen der SP, die ein Zeichen des Missfallens setzen wollte. «Der Mist ist schon geführt», meinte jedoch Postulant Bänziger.

In der Tat ist die Regierung der Aufforderung aus dem Landrat nur teilweise nachgekommen – mit Hinweisen im Vernehmlassungsschreiben auf entsprechende Sachzwänge. Zu den Betriebszeiten hatte die Regierung nur auf die Besonderheit des in Frankreich gelegenen EuroAirports verwiesen.

Das Schreiben nicht offengelegt

Zur Risikoanalyse gab sich die Regierung mit einem Zehnjahresturnus zufrieden und bei den Lärmgrenzwerten protestierte die Regierung nicht gegen den Vorrang des Flugverkehrs gegenüber der Bevölkerung. Das sei ungenügend und schade, sagte Bänziger, die festhielt, dass die Regierung das Original des Schreibens nicht offenlegt.

«Das ist mehr als irritierend», meinte Klaus Kirchmayr (Grüne). «Wir werden einen neuen Vorstoss einreichen», sagte Andreas Bammatter (SP). Markus Dudler (CVP) zeigte sich verwundert darüber, dass das Vernehmlassungsschreiben nicht öffentlich sei. Hanspeter Weibel (SVP) forderte die Regierung auf, dies nachzuholen.

Der alte Domino-Zug löst den uralten Kolibri ab

Der Landrat ergänzt den 8. Generellen Leistungsauftrag

Von Thomas Gubler

Liestal. Mit 74 zu null Stimmen hat der Landrat die Neuauflage des 8. Generellen Leistungsauftrags (GLA) im öffentlichen Verkehr für die Jahre 2020 und 2021 diskussionslos gutgeheissen. Die vom Kanton Baselland zu leistenden Abgeltungen betragen für die beiden genannten Jahre zusammen 84,7 Millionen Franken.

Obwohl es sich grundsätzlich nur um ein Fortschreiben des bestehenden 8. GLA für die Jahre 2018–2021 handelt, wurden dennoch einige Anpassungen vorgenommen. Das heisst, diese mussten teilweise vorgenommen werden. Verantwortlich dafür war das erfolgreiche «Läufelfingerli»-Referendum. Die geplante Umstellung der S9 zwischen Sissach und Olten auf Busbetrieb mit einem Einsparpotenzial von 840 000 Franken war in der Abstimmung vom 26. November 2017 abgelehnt worden.

Flirt zu teuer für Entlastung

Die nunmehr vorgenommenen Modifikationen des laufenden Leistungsauftrags betreffen etwa die Bus-

betrieboptimierung beim Knoten Dornach und die Beschaffung von Ersatzrollmaterial auf den S-Bahnlinien 1 und 3. Die sechs Kolibri-Züge, die derzeit zu den Hauptverkehrszeiten dort zur Entlastung eingesetzt werden, sind mittlerweile erheblich in die Jahre gekommen.

Ersetzt sollen sie nun aber nicht etwa mit den regulär auf den Linien S1 und S3 verkehrenden Flirt-Zügen werden, sondern mit den etwas weniger alten Domino-4-Zügen. Die Flirt-Züge seien für diesen Zweck zu teuer, wurde von der Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD) geltend gemacht. Im Rat regte sich aber keine Opposition dagegen, nachdem schon der Antrag der vorberatenden Kommission zu null erfolgt war. Die Mehrausgaben für die «neuen» Züge belaufen sich auf 1,8 Millionen Franken pro Jahr.

Als weitere Ergänzungsmassnahmen im modifizierten GLA sind die erste Etappe der Weiterentwicklung des Stadtbusses Liestal und das neue Linienkonzept Hintere Frenkentäler zu nennen. Bei Letzterem soll das Angebot auf den Linien 70 und 71 verdichtet und die Linie 71 bis nach Lauwil verlängert werden.

Der Landrat macht sich Sorgen um die Prattler Chemiefirma Rohner

Die Baselbieter Regierung erachtet die Voraussetzungen für eine Schliessung des Unternehmens noch nicht als erfüllt

Von Thomas Gubler

Liestal. Normalerweise tut sich der Landrat ja schwer bei der Dringlichkeitsklärung eines parlamentarischen Vorstosses. Es muss sich schon um eine Angelegenheit von grosser Bedeutung handeln und offensichtlich Gefahr im Verzug sein. An der gestrigen Sitzung wurde aber gleich zwei Vorstössen die Dringlichkeit attestiert. Zur Diskussion standen die beiden Interpellationen von Stephan Ackermann (Grüne) und Mirjam Würth (SP) zur Chemiefirma Rohner AG in Pratteln. Diese war in jüngster Zeit mehrfach in die Schlagzeilen

geraten – zuletzt wegen eines Abwasserlecks, welches dazu geführt hatte, dass offenbar monatelang verunreinigtes Abwasser in das Prattler Grundwasser geriet.

Grundtenor der beiden Interpellationen war, ob dieses Unternehmen nach den diversen Vorfällen noch tragbar ist – beziehungsweise unter welchen Umständen ein solche Fabrik geschlossen werden könnte.

Massnahmen und Auflagen

Die Regierung tat sich erwartungsgemäss nicht leicht mit klaren Aussagen. Immerhin erklärte Bau- und

Umweltschutzdirektorin Sabine Pegoraro in der schriftlichen Antwort wie in der Diskussion im Rat, die Regierung könne gut nachvollziehen, dass in der Bevölkerung Ängste bestünden – gerade weil es sich mittlerweile um mehrere Vorfälle handle.

Allerdings habe das Amt für Umweltschutz und Energie gehandelt und verschiedene Massnahmen eingeleitet. Das Amt werde die Durchführung derselben und die Einhaltung der Auflagen wie etwa die Einreichung korrekter Störfall-Kurzberichte überwachen. «Wenn die Firma diese Massnahmen umsetzt, dann ist das Risiko

wieder im Griff», sagte Sabine Pegoraro in der Ratsdebatte.

Schliessung geprüft

Was eine allfällige temporäre Schliessung der Fabrik betrifft, so habe die Regierung «diese Massnahme selbstverständlich geprüft», heisst es in der schriftlichen Antwort. Allerdings müsse dafür ein nicht mehr tragbares Risiko vorliegen. Und da sei die Regierung der Ansicht, «dass diese Voraussetzung derzeit noch nicht erfüllt ist». Eine solche Massnahme müsse verhältnismässig sein. Und mit seinen Massnahmen habe das AUE bereits

Nachrichten

Referendum auch bei Ablehnung erlaubt

Liestal. Im Baselbiet sollen auch Ablehnungsbeschlüsse der Gemeindeversammlungen per Referendum angefochten werden können. Der Landrat hat gestern eine FDP-Motion mit dieser Forderung mit 45 gegen 33 Stimmen an die Regierung überwiesen. Derzeit erlaubt das kantonale Gemeindegesetz Referenden nur, wenn eine Gemeindeversammlung einem Geschäft bei der Schlussabstimmung zustimmt. Warum dies bei Ablehnungen nicht erlaubt ist, sei nicht nachvollziehbar, kritisiert die Motion. Angesichts tiefer Teilnahmezahlen an Versammlungen sei die Referendumsmöglichkeit auch bei Ablehnungen angebracht. SDA

Brückenangebote werden reformiert

Liestal. Der Baselbieter Landrat hat die Brückenangebote für Schülerinnen und Schüler gestern in zweiter Lesung einstimmig reorganisiert. Alle einschlägigen Angebote werden in Muttenz zentralisiert; das neue Zentrum führen soll der Kaufmännische Verband Baselland. Die Vorlage hatte eine Ehrenrunde durch die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission gemacht, da der Landrat Ende Januar wegen Unklarheiten betreffend Übertritt von den Brückenangeboten in Fachmittelschule und Wirtschaftsmittelschule seinen Entscheid vertagt hatte. Eine inhaltliche Diskussion ergab sich mangels Anträgen nicht; der Landrat verabschiedete die Vorlage mit 79 zu null Stimmen. SDA

Landrat versenkt Ausbau der Bausparprämien

Liestal. Die Totalrevision des Gesetzes über die Wohnbau- und Eigentumsförderung ist gescheitert: Der Landrat ist auf Antrag seiner Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission (VGK) nicht auf die Vorlage eingetreten. Stein des Anstosses war in der VGK die Bausparprämie, welche die Regierung als eigentliche Säule der Wohnbauförderung ausbauen wollte. SDA

Auto auf A2 bei Sissach durch Brand zerstört

Sissach. Auf der Autobahn A2 bei Sissach ist in der Nacht auf gestern ein Personenwagen in Flammen aufgegangen. Obwohl die Feuerwehr den Brand rasch löschen konnte, entstand am Fahrzeug Totalschaden. Verletzt wurde niemand, wie die Baselbieter Polizei mitteilte. Zu brennen begonnen hatte das Auto unmittelbar vor der Ausfahrt Sissach. Es war in Richtung Basel unterwegs gewesen. Die Polizei geht von einer technischen Brandursache aus. SDA

Gefährliche Manöver auf Autobahn

Sissach. Auf der A2, zwischen der Verzweigung Augst und dem Arisdorftunnel, kam es am Mittwochmittag zu wiederholten Brems- und Beschleunigungsmanövern zwischen zwei Personenwagenlenkern. Es handelte sich um Fahrzeuge der Marken BMW und Ferrari. Die Lenker konnten von der Polizei nach dem Belchentunnel angehalten werden. BaZ

restriktive Vorgaben gemacht, welche in einem engen Zeitplan erfüllt werden müssten. Für die Regierung sei aber klar, so Sabine Pegoraro, «dass Rohner in die Sicherheit investieren muss».

Interpellant Stephan Ackermann wollte schliesslich noch wissen, ob bei einer Schliessung mit signifikanten Sanierungskosten zu rechnen sei und wie diese sichergestellt werden könnten. Hier könnten, so die Regierung, unter bestimmten Voraussetzungen «altlastenrechtliche Massnahmenkosten durch das AUE sichergestellt werden». Es liege auch ein bewilligtes Verfahrenskonzept vor.